



Presseinformation

Nr. 040/2011

Kiel, Freitag, 28. Januar 2011

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Armuts- und Reichtumsbericht

Anita Klahn: Ein zusätzlicher Armutsbericht kostet viel Geld und schafft keine neuen Erkenntnisse

In ihrer Rede zu **Top 35** (Jährliche Armuts- und Reichtumsberichterstattung) sagte die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Wir haben jetzt schon wieder viel soziale Rhetorik gehört. Wir haben gehört, warum wir dringend Armuts- und Reichtumsberichterstattung brauchen. Warum eigentlich nicht mehr jährlich und stattdessen nur noch alle zwei Jahre? Warum diese Änderung? Egal, ich halte – und das wird Sie wahrscheinlich nicht überraschen – ihren Antrag grundsätzlich für nicht zielführend.“

Die Erfassung von Daten wird durch die Statistikämter geleistet. Wissenschaftlich aufbereitet werden die Daten durch diverse Institute. Politische Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, ist dann Aufgabe der Parlamente. Ich sehe nicht, was von staatlicher Seite hier noch zu leisten ist. Es gibt genug Berichte, Zahlen, Daten und Veröffentlichungen zu diesem Thema. Wir lehnen weitere staatliche Aufgaben und Ausgaben ab, denn es widerspricht dem Ziel der Haushaltskonsolidierung. Ihre Forderung nach weiterem Personal in diesem Zusammenhang zeigt nur einmal mehr, wie weltfremd Ihre Vorstellungen sind.

Ich will mich auch gar nicht bemühen, über den Armutsbegriff zu referieren. Es gibt unterschiedliche Differenzierungen strenge Armut, Armut, Armutsgefährdung und so weiter. Die Relativität und Komplexität des Armutsbegriffes ist jedem bewusst. Sie führt uns an dieser Stelle auch nicht weiter.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Von ihrer Seite wird der Begriff Armut sowieso nur als politischer Kampfbegriff instrumentalisiert. Bei Ihnen geht es um nur um Pauschalierungen und Panikmache. Sie konstruieren sich etwas, um es als Vehikel zu benutzen und die Politik der bürgerlichen Parteien als unsozial darzustellen. Ich sage Ihnen, dass ist durchschaubar und verfängt schon lange nicht mehr.

Wenn Sie fragen, welche Konsequenzen wir für unsere Politik ziehen? - Dann kann ich Ihnen das sagen! Wir machen eine vernünftige Arbeits-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik - die wir im Übrigen auch ohne diese Berichte machen würden.

Wir haben einen neuen Landesentwicklungsplan aufgelegt, der mehr Freiräume bietet und wirtschaftliche Entwicklung zulässt. Wir entwickeln das Zukunftsprogramm Arbeit weiter!

Wir bauen notwendige Infrastruktur aus! Wir unterstützen den Straßenausbau – Nicht nur die notwendigen konventionellen Straßen sondern auch die Datenautobahnen, die notwendig sind für die wirtschaftliche Entwicklung. Breitband ist angesagt! Wir stehen zu Projekten wie Fehmarnbelt und wir wollen moderne Stromnetze in unserem Land haben!

Gerade vorgestern – vielleicht haben Sie das vergessen – haben wir ein neues Schulgesetz verabschiedet, damit die Bildung unserer Kinder verbessert wird. Die Schulsozialarbeit haben wir eingeführt! Die Hochbegabtenförderung wird von uns ausgebaut und wir investieren in den Kita-Ausbau! Wir setzen uns dafür ein, dass Familie und Beruf vereinbar werden.

Wir schaffen Voraussetzungen, damit die Menschen in Arbeit kommen und nicht von staatlichen Transferleistungen abhängig sind. Eine gute Wirtschafts- und Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik. Für uns ist es wichtig, dass Teilhabe- und Aufstiegschancen eröffnet werden.“